

Wolfram Wette

Vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft

Zum Mentalitätswandel in Deutschland im 20. Jahrhundert

Im Sommer 2005 lehnten die Franzosen und die Niederländer in Aufsehen erregenden Abstimmungen mehrheitlich den Entwurf der EU-Verfassung ab. Aus diesem Anlass reflektierte ein deutscher Journalist den Zustand des europäischen Kontinents. Aktuell stecke Europa »im Schlamm«, schrieb er, um dann jedoch einen größeren Bogen zu spannen mit der folgenden, meines Erachtens sehr bedenkenswerten Betrachtung: »Insgesamt ist das Europa von heute schon als Zwischenergebnis eines friedlichen und freiwilligen Zusammenschlusses einst tief verfeindeter Staaten ein historisch einmaliger und fast unglaublicher Erfolg. Vieles kann und muss noch besser werden. Aber trotz alledem gilt: In Europa zu leben ist spannend und schön.«¹⁾

Vom kriegs- und krisengeschüttelten Europa der Jahre 1914 bis 1945 hätte wohl kaum jemand gesagt, in ihm zu leben sei spannend und schön. In der Tat haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und in Europa grundlegende Veränderungen vollzogen. Sie wurden zum einem erheblichen Teil von der Politik bewerkstelligt, also von den Regierungen der europäischen Nationalstaaten, zum anderen von breiten außerparlamentarischen Friedensbewegungen angestoßen und eingefordert. Was Deutschland angeht, das hier im Zentrum der Betrachtungen stehen wird, so lässt sich sagen, dass bei den Politikern jedweder Couleur – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Gefahr eines Atomkrieges – ein Umdenken stattfand. Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte wurde der Krieg delegitimiert und der Frieden als Norm anerkannt. Auch bei der Bevölkerung insgesamt fand ein großer gesellschaftlicher Lernprozess in Sachen Frieden statt. Dieser lässt sich insbesondere als ein Mentalitätswandel fassen, das heißt, als eine Zivilisierung der Einstellungsmuster, Verhaltensweisen und Umgangsformen.²⁾

Wir können das Ausmaß dieses Wandels nur angemessen verstehen, wenn wir in unseren Betrachtungen immer wieder historische Bezüge herstellen und Vergleiche ziehen. Das ist übrigens auch der zentrale Aspekt der deutschen Erinnerungskul-

tur. Die Rückerinnerung an den Zweiten Weltkrieg und an den Holocaust bedeutet in Deutschland wesentlich mehr als die Aneignung historischer Kenntnisse. Sie stellt gleichsam die Negativfolie für das friedenspolitische Handeln in Gegenwart und Zukunft dar. Das »Zeitalter der Extreme« (Eric Hobsbawm)³⁾ wird von den historisch denkenden Menschen unseres Landes als eine fundamentale Erfahrung dafür rezipiert, wie man es nicht machen darf. Die selbstkritische Erinnerung an die Weltkriege und die NS-Verbrechen ist ausdrücklich zu einem Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der Deutschen geworden. Wir haben es mit einem Paradebeispiel für ein Lernen aus der Geschichte zu tun.

■ Anmerkungen zum Forschungsstand

Wer die soeben formulierten Thesen plausibel findet, mag der Versuchung erliegen, das Jahr 1945 – und damit die militärische Niederlage Nazi-Deutschlands – als den eigentlichen Wendepunkt anzusehen und von dort aus eine kontinuierliche Linie bis zu der zivilen Gesellschaft von heute zu zeichnen.⁴⁾ Das hieße jedoch zu verkennen, dass es sich um ein graduelles, stets von Rückfällen bedrohtes gesellschaftliches Lernen handelte. Es hieße auch zu verkennen, dass jeder Schritt in Richtung Frieden wiederum, wie in früheren Phasen der deutschen Geschichte, das Ergebnis eines innenpolitischen Ringens zwischen unterschiedlichen politischen Lagern war.

In Deutschland hat sich insbesondere die Historische Friedensforschung mit der Frage auseinandergesetzt, wie tiefgreifend die Wandlungen vom Militarismus vor 1945 zur heutigen Friedenskultur tatsächlich sind. In meinem Vortrag möchte ich einige Ergebnisse dieser Forschungen thesenartig zusammenfassen. Der kritische Betrachter mag sich fragen, ob es gerechtfertigt ist, im Rahmen eines resümierenden Rückblicks auf die Friedensinitiativen eines ganzen Jahrhunderts die Geschichte Deutschlands in das Zentrum der Betrachtungen zu stellen. Ich denke, die besonders kriegerische Rolle, welche dieses Land bis 1945 gespielt hat, gibt darauf eine plausible Antwort. Anders gesagt: Oh-

1) Leitartikel von Niklas Arnegger: Europa ist bunt und schön. In: *Badische Zeitung* vom 15.06.2005, S. 4.
2) In Anlehnung an Kaspar Maase: »Give peace a chance« – Massenkultur und Mentalitätswandel. Eine Problemskizze, In: Thomas Kühne (Hrsg.): *Von der Kriegskultur zur Friedenskultur: Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945*. Münster, Hamburg, London (LIT-Verlag) 2000 (= *Jahrbuch für Historische Friedensforschung* 9), S. 262-279.

3) Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. München 2. Aufl. 1999. Die englische Ausgabe erschien bereits 1994.
4) Thomas Kühne warnt davor, das Bild einer linearen Erfolgsgeschichte der Friedenskultur, zu zeichnen. Siehe Kühne: »Friedenskultur«, *Zeitgeschichte, Historische Friedensforschung*. In: ders., *Kriegskultur* (wie Anm. 2), S. 13-33, Zitat S. 33.

ne eine grundlegende Umkehr der Deutschen hätte sich jene Pazifizierung nicht vollziehen können, die Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erleben konnte.

In den Projekten der Historischen Friedensforschung wurde am historischen Material empirisch zu klären versucht, ob und gegebenenfalls was die Deutschen in den beiden Nachkriegszeiten – gemeint sind die Jahre nach den beiden Weltkriegen – in friedenspolitischer Hinsicht aus diesen Kriegen gelernt haben.⁵⁾ Zogen sie aus dem jeweiligen Krieg eher militärische Lehren für einen Zukunftskrieg oder lassen sich auch Lernprozesse im Hinblick auf die Gestaltung friedlicher Zustände nachweisen? Welche politischen und gesellschaftlichen Gruppen taten das Eine, welche das Andere? Weiter galt es zu ermitteln, wie oberflächlich oder tiefgreifend sich die deutsche Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der tradierten Kultivierung des Krieges und des Militarismus zu lösen vermochte, in welchen Schüben dieser Ablösungsprozess stattfand und in welchen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens eine Entwicklung hin zu einer Friedenskultur festgestellt werden kann.

Jüngst ist neben anderen auch der deutsch-amerikanische Historiker Konrad Jarausch in seinem Buch »Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995« den Zivilisierungsprozessen nachgegangen, die sich in diesem Zeitraum – also vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten – beobachten lassen. Er resümiert: »Nach Weltkrieg und Holocaust scheint heute erreicht, was undenkbar war: Deutschland ist ein Musterbeispiel für eine gelungene Demokratisierung und eine Nation unter Gleichen.«⁶⁾ Aus unserer Sicht wäre terminologisch und inhaltlich zu ergänzen, dass sich in diesem Zeitraum nicht nur die Demokratie, sondern mit ihr auch eine Friedenskultur entwickeln konnte.

■ Die Janusköpfigkeit der deutschen Geschichte

Mit ihrem spezifischen Interesse an jenen historischen Kräften, die Frieden förderten beziehungsweise behinderten, hat sich die Historische Friedensforschung auf ein Gebiet begeben, das von der Wissenschaft bislang eher vernachlässigt wurde. Keinen Sinn für friedenshistorische Fragen mochte jene starke Strömung in der Geschichtswissenschaft erkennen, die auf eine rein machtpolitische Betrachtungsweise historischer Vorgänge fixiert war, in denen »Männer, die Geschichte machen« und große Krieger die Hauptrollen spielen.

5) Gottfried Niedhart/ Dieter Riesenberger (Hrsg.): Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918/ 1945: Beiträge zur historischen Friedensforschung, München (Beck) 1992.

6) Konrad Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995. München 2004, Klappentext.

Zum anderen, und das ist weniger bekannt, fanden die Friedenshistoriker mit ihrer kritischen Beleuchtung des Militarismus auch kaum eine Unterstützung bei den Sozialwissenschaften. Deren seit 100 Jahren dominante Richtung interessiert sich nur für die »Schokoladenseite der Geschichte« und hält Distanz zu den Themen Militär, Gewalt und Krieg.⁷⁾ Verantwortlich dafür sind wohl in erster Linie die im aufgeklärten Fortschrittsglauben wurzelnden Modernisierungstheorien. Sie gehen von der idealistischen Erwartung aus, dass es in den modernen Gesellschaften einen unaufhaltsamen Fortschritt in Richtung auf die Minimierung von Gewalt und die Vergrößerung der Freiheit für das Individuum gebe. In den Traditionen der liberalen, aufgeklärten Friedenstheorie träumte man also den »Traum von der gewaltfreien Moderne«⁸⁾, mit der Konsequenz, dass Gewalt, Militär und Kriege als Anachronismus abgetan und einer eingehenden wissenschaftlichen Analyse nicht für würdig befunden wurden.⁹⁾

Nun haben die Weltkriege, der Holocaust und die Genozide des 20. Jahrhunderts deutlich gemacht, dass die modernen Industriegesellschaften nicht nur Fortschritt produzierten, sondern auch eine ungeheure Destruktivität frei setzten. Der polnische Philosoph Zygmunt Baumann¹⁰⁾ sprach angesichts dieser Erfahrung von der »Janusköpfigkeit der Moderne«, die Zivilisation und Barbarei in sich vereine, und die es dem Wissenschaftler nicht gestatte, sich nur mit einer der beiden Seiten zu befassen.

■ Militarismus und Pazifismus

Die Historische Friedensforschung konnte sich durch diese philosophische Erkenntnis bestätigt sehen. Die von ihr gebrauchten Kategorien Militarismus und Pazifismus stellten gleichsam die historische Konkretisierung besagter Janusköpfigkeit der Moderne dar. Die Friedenshistoriker waren schon immer bemüht gewesen nachzuweisen, dass es auch in der Zeit des ersten deutschen Nationalstaats zwischen 1871 und 1945 neben dem Mainstream des Militarismus auch pazifistische und friedenspolitische Strömungen gegeben hatte, was nach 1945 weithin in Vergessenheit geraten war.

7) Peter Reinhardt Gleichmann: Gewalttätige Menschen. Die dünne Schale ihrer Zivilisierung und ihre vielen ambivalenten Auswege. In: Mittelweg 6, Nr. 3/1993, S. 1-8, hier: S. 4.

8) Hans Joas: Der Traum von der gewaltfreien Moderne. In: ders., Krieg und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Weilerswist 2000, S. 49-66.

9) Nur ein Außenseiter wie der bedeutende Zivilisationstheoretiker Norbert Elias ist aus dem Mainstream der deutschen Soziologie ausgeschert und hat die Besonderheiten der deutschen Entwicklung, die in die Barbarei führten, in einem umfassenden Zugriff analysiert und beschrieben. Vgl. Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation. Frankfurt/M. 1976; ders.: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt/M. 1987 und 1992.

10) Vgl. Zygmunt Baumann: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992; ders.: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992.

Sie begreifen die jüngere deutsche Geschichte als ein wechselvolles Ringen von politischen Kräften und Strömungen, die in den Fragen von Krieg und Frieden konträren Orientierungen verpflichtet waren: In der Zeit des deutschen Kaiserreiches (1871-1918) und des Nationalsozialismus (1933-1945) waren jene militaristischen Kräfte vorherrschend, die im Krieg ein legitimes Mittel nicht nur der Machtbewahrung, also der Landesverteidigung sahen, sondern auch der aggressiven Machterweiterung. Der preußisch-deutsche Offizier, der sich als die Verkörperung des Staates verstand, wurde in dieser Zeit zum Träger des Machtgedankens und zum Leitbild der gesamten Gesellschaft. Militaristische Kräfte trugen die maßgebliche Verantwortung für jene Politik, die 1914 und 1939 in die beiden Weltkriege mündete.

■ Der organisierte Pazifismus vor 1933

Gegen diese Hauptströmung der deutschen Nationalgeschichte konnte der vor 1914 randständige organisierte Pazifismus in Deutschland zunächst kaum etwas ausrichten, schon gar nicht in den Kriegsjahren 1914-1918, in denen er durch die Zensur mundtot gemacht wurde. Nach der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gewann die Friedensbewegung erstmals für einige Jahre eine Massenanhängerschaft, die sich insbesondere in großen Kundgebungen manifestierte, die der Parole »Nie wieder Krieg!« folgten. Diese Friedensbewegung sympathisierte mit der Ideen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, die zur Gründung des Völkerbundes 1919 geführt hatten, sowie mit der republikanischen Außenpolitik des Ausgleichs mit den Siegermächten des Weltkrieges. Gleichzeitig sagte sie den militaristischen Kräften in Deutschland den Kampf an.

Meine eigenen Forschungen haben ergeben, dass in der Zwischenkriegszeit, insbesondere in den relativ stabilen Jahren der Weimarer Republik (1920- 1930), in Deutschland durchaus eine realistische Chance für die Durchsetzung einer Politik des Kriegsverzichts und der Friedensbewahrung bestand. Denn ihr fühlten sich die demokratischen Parteien als Anhänger einer republikanischen Außenpolitik ebenso verpflichtet wie die – an interner Zerstrittenheit leidende – pazifistische Bewegung. Die Erfolge der kriegerisch gestimmten politischen Rechten haben dann allerdings seit 1930 einer republikanischen Friedenspolitik zunehmend den Boden entzogen. Am Ende der Weimarer Republik sah sich der organisierte Pazifismus in die Isolation gedrängt, aus welcher heraus ein Einfluss auf den Gang der deutschen Politik nicht mehr möglich war. So betrachtet, entschied sich die weltpolitisch relevante Frage von Krieg und Frieden seinerzeit primär in der deutschen Innenpolitik.

■ Konkurrierende Friedensmodelle in der Zwischenkriegszeit

Von bleibendem Interesse ist die folgende Frage: Weshalb konnten sich in Deutschland jene Millionen von Menschen, die sich nach 1918 in ihrer Ablehnung des Krieges einig wussten, nicht in stärkerem Maße durchsetzen?¹¹⁾ Eine der Ursachen ist in dem Sachverhalt zu suchen, dass es damals in der deutschen Bevölkerung – und nicht anders innerhalb der zeitgenössischen Friedensbewegung – keineswegs übereinstimmende Auffassungen über die Wege zur Friedensgestaltung gab, ja nicht einmal über die erforderlichen Anstrengungen zur Kriegsverhinderung. Strittig war bereits, wodurch die zeitgenössischen Kriege letzten Endes verursacht waren: Durch den Kapitalismus, den Imperialismus, den Militarismus, den Absolutismus, den Nationalismus oder durch die Gewaltmenschen, die sich diese Ideologien zunutze machten?

Ebenso unklar war naturgemäß die Lösung des Problems: Musste der Kapitalismus abgeschafft werden, weil er Krieg und Gewalt förderte, oder ein anderer Ismus? Garantierte die politische Demokratie, wie die Anhänger der Weimarer Republik hofften, eine friedliche Welt oder nicht? Würden erst die Revolution und der Sozialismus respektive der Kommunismus der Welt den Frieden bringen? Bei Kriegsende 1918 standen vornehmlich drei Modelle der Friedenssicherung¹²⁾ in Konkurrenz zu einander und bestimmten die nationale und die internationale Debatte: 1.) Das Modell des »Gleichgewichts der Mächte« (»balance of power«), also der Friedenssicherung durch ein politisch-militärisches Machtgleichgewicht zwischen den großen europäischen Nationalstaaten. 2.) Das liberale Modell: Frieden durch Demokratie, Völkerbund und Völkerrecht, das häufig auch auf die Programmformel »Friede durch Recht« gebracht wird, und 3.) das sozialistische beziehungsweise kommunistische Modell eines Friedens durch Revolution, also durch die revolutionäre Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnungen in sozialistische beziehungsweise kommunistische.¹³⁾

Je nachdem, mit welchem dieser Friedensmodelle die Zeitgenossen sympathisierten, unterschieden sich auch ihre politischen Ordnungsvorstellungen und parteipolitisch akzentuierten Strategien. Das Lager der Kriegsgegner und Friedenswilligen in Deutschland splitterte sich entlang dieser Friedensmodelle auf.

Friedensinitiativen zu entwickeln war damals keineswegs das Privileg außerparlamentarischer Kräfte, also des organisierten Pazifismus und der

-
- 11) Vgl. im einzelnen Niedhart/Riesenberger, Lernen (wie Anm 5).
 12) Jost Dülffer/ Gottfried Niedhart: Das internationale System und das Problem der Friedenssicherung. Hagen 1997, S. 52–55 (= Historische Friedensforschung, Hrsg. von der FernUniversität Hagen, Kurseinheit 3).
 13) Weitere Friedensmodelle unterscheidet Iring Fettscher: Modelle der Friedenssicherung. München 1972.

von ihm mobilisierten Friedensbewegung. Friedensinitiativen entwickelte selbstverständlich auch die offizielle deutsche Politik. Nicht von ungefähr wurden in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen drei Deutsche mit einem ganz unterschiedlichen Profil mit dem Friedens-Nobelpreis geehrt: Erstens der liberale Reichsaußenminister Gustav Stresemann (DVP), zweitens der Protagonist des organisierten Pazifismus und langjährige Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), Ludwig Quidde, und drittens der rüstungs- und militärkritische Publizist und Radikalpazifist Carl von Ossietzky.¹⁴⁾ Diese Preisträger symbolisieren das zeitgenössische Spektrum deutscher Friedensinitiativen.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler führte rasch zur Zerschlagung des organisierten Pazifismus in Deutschland und zu einer neuerlichen Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Diese diente unmittelbar der Vorbereitung auf einen weiteren Krieg, in dem Deutschland sich jene Weltmachtposition zu erkämpfen gedachte, die es im Ersten Weltkrieg nicht hatte erlangen können. Das Jahr 1933 beendete die erste deutsche Demokratie und bedeutete insoweit einen Bruch. Aber bei seiner Politik der neuerlichen Militarisierung Deutschlands »von oben«, durch den Staat, konnte Hitler starke Strömungen aufnehmen und an konkrete Pläne anknüpfen.¹⁵⁾ Auf diesem zentralen Politikfeld gab es eine klar erkennbare Kontinuität in der jüngeren deutschen Nationalgeschichte. In dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg entfaltete das preußisch-deutsche militaristische Politikmodell noch einmal ungeahnte Energien der Destruktion. Nazi-Deutschland gab sich erst geschlagen, als die Truppen der alliierten Siegermächte ganz Deutschland besetzt hatten.

Potsdam 1945 als Friedensinitiative

Am Ende des Zweiten Weltkrieges ergriffen die alliierten Siegermächte eine groß angelegte Friedensinitiative – um noch einmal den Schlüsselbegriff unseres Workshops aufzugreifen. Sie schalteten den Hauptfriedensstörer des 20. Jahrhunderts, nämlich das kriegerische Deutschland, zunächst als einen militärischen und politischen Faktor aus. Sodann verordneten sie ihm einen tief greifenden Strukturwandel. Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 wurde dieser folgendermaßen be-

schrieben: »Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen [...] Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.«¹⁶⁾ Erst nach der – wie es hieß – »Ausrottung« des Militarismus und Nazismus würde Deutschland in der Lage sein, »sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen«.

Am 24. Oktober 1945 wurden in San Francisco die Vereinten Nationen gegründet – als Nachfolgeorganisation des am mangelnden Friedenswillen einiger Nationalstaaten gescheiterten Völkerbundes. Die UNO verfolgte seinerzeit das Ziel, für die siegreichen Großmächte USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich ein global wirksames Instrument zur Wahrung des Weltfriedens und der eigenen Interessen zu schaffen.

Partielle Umkehr nach 1945

Er kann also keinen Zweifel an der Einsicht geben: Erst die totale militärische Niederlage Deutschlands schuf die Voraussetzungen zur Umkehr, zur Abwendung von den bis dahin gepflegten militaristischen Traditionen. Die Umkehr darf man sich allerdings nicht als einen plötzlichen Schnitt vorstellen. Vielmehr handelte es sich um einen graduell voranschreitenden, sich über Jahrzehnte hinziehenden, immer wieder auch durch innenpolitische Konflikte verzögerten Prozess. Zunächst, unmittelbar nach dem Kriege, gab es keineswegs schon einen entschiedenen friedenspolitischen Lernprozess, sondern höchstens ein partielles Umdenken, welches der alten Erkenntnis folgte, dass kollektive Lernprozesse eine lange Dauer haben. Gottfried Niedhart fasst die Entwicklung so zusammen: »Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg entstand keine friedensfähige politische Kultur im Sinne radikalen Umdenkens.«¹⁷⁾ Aber die Erfahrung des totalen Krieges, der Massenverbrechen und der totalen Niederlage förderte – zumal in den ersten Nachkriegsjahren – in breiten Teilen der westdeutschen Gesellschaft zumindest die Bereitschaft zu einer Neuorientierung. Dabei konnten die Deutschen nach 1945 in den Fragen von Demokratie und Frieden die Erfahrungen der Weimarer Republik (1918-1933) sowie ältere demokratische und pazifistische Traditionen nutzbar machen.

In sozialpsychologischer Hinsicht blieb ein erheblicher Teil der Deutschen in der Zeit nach 1945 zunächst der Nazi-Vergangenheit verhaftet. Es gab in Westdeutschland im ersten Nachkriegsjahr-

14) Vgl. Arnold Hartung (Hrsg.): Der Friedens-Nobelpreis. Stiftung und Verleihung. Die Reden der vier deutschen Preisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky, Willy Brandt. Berlin 1971.

15) Wolfram Wette: Der Militarismus und die deutschen Kriege. In: ders. (Hrsg.), Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Berlin 2005, S. 9–30, hier: S. 16, sowie den Beitrag von Manfred Messerschmidt: Das neue Gesicht des Militarismus in der Zeit des Nationalsozialismus. In: ebd., S. 265–282.

16) Vgl. das »Abkommen von Potsdam« vom 2. August 1945, unterzeichnet von Stalin, Truman und Attlee. Text in: Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der »Großen Drei«. Hrsg. von Ernst Deuerlein. München 1963, S. 349 ff., Teil III: Deutschland, S. 353-359. Zitat S. 353 f., auch zum folgenden Zitat.

17) Gottfried Niedhart: So viel Anfang war nie., oder: Das Leben und nichts anderes., – deutsche Nachkriegszeiten im Vergleich. In: Niedhart/ Riesenberger (wie Anm. 5), S. 11–38, hier: S. 29 und 31.

zehnt noch kaum die Bereitschaft, den Krieg, die Massenverbrechen und die Diktatur kritisch zu verarbeiten, mit der Folge, dass das in der deutschen Gesellschaft vor 1945 mobilisierte psychische Gewaltpotenzial letztlich nicht abgebaut werden konnte. Es sind also sehr ambivalente Prozesse zu beobachten. Sie können im Folgenden nur exemplarisch und blitzlichtartig beleuchtet werden.

■ Umdenken in den Sicherheitseliten

Bekanntlich folgte der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht eine halbherzige Entnazifizierung und kein grundlegender Elitentausch.¹⁸⁾ Die alten Funktionselemente des NS-Staates übernahmen erneut wichtige Positionen in Wirtschaft, Justiz, Politik, Journalismus, Bürokratie und Militär. In unserem Kontext sind insbesondere die so genannten Sicherheitseliten von Interesse, also das Führungspersonal der Bundeswehr und des Auswärtigen Amtes. Wie stand es mit ihrer Bereitschaft zum Umdenken? Im Rückblick ist der ambivalente Sachverhalt erkennbar, dass sie zwar häufig den selbstkritischen Rückblick verweigerten, aber sich gleichwohl der neuen Demokratie in den vorgegebenen machtpolitischen Rahmenbedingungen anpassten und relative Lernprozesse durchmachten.

In der Politik vollzog sich insoweit ein Wandel, als sich die deutschen Politiker seit der Gründung der beiden deutschen Staaten gegenseitig in rhetorischen Bekenntnissen zum Frieden geradezu überboten. Kritiker argwöhnten, diese Bekenntnisse könnten sich als Camouflage einer Wiederauflage der alten Machtpolitik erweisen. Tatsächlich kann man jedoch seit den fünfziger Jahren bei den Außenpolitikern des Landes eine wachsende Bereitschaft zum Denken in internationalen Zusammenhängen der Friedenssicherung beobachten.¹⁹⁾

Durch die Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis und durch die Verflechtung der deutschen Industrien (insbesondere Kohle und Stahl, also Rüstung) mit den Industrien der westeuropäischen Länder in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) machte die Bundesrepublik zunächst ihren Frieden mit dem Westen. Daran schloss sich seit den späten 60er Jahren die Entspannungspolitik mit dem Osten an, die im Jahre 1971 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt international gewürdigt wurde. Nach Gustav Stresemann war Brandt der zweite deutsche Politiker, dem diese herausragende friedenspolitische Anerkennung zuteil wurde. Ungeachtet sonstiger Kontroversen

führte das Umdenken bei den deutschen Außenpolitikern zu einer Relativierung der Rolle des Nationalstaats, zur Befürwortung internationaler Verflechtungen, zum Denken in Kategorien einer europäischen Friedensordnung und zu transatlantischer Kooperation – dies alles bei gleichzeitiger Rückversicherung in einer militärischen Politik der Stärke.²⁰⁾

Das Führerkorps der Bundeswehr, das durchgängig aus ehemaligen Wehrmacht-Offizieren bestand, konnte sich lange Zeit nicht aus dem Banne des Vorbildes Wehrmacht lösen²¹⁾, akzeptierte aber gleichzeitig die Einbettung in das demokratische Regierungssystem sowie in das westliche Bündnis. Anders als in der Weimarer Republik war es verfassungstreu und unterließ es, geheime Rüstungen und Kriegspläne zu schmieden. So gesehen lässt sich sagen, dass sich die westdeutschen Sicherheitseliten der Zivilisierung der Gesellschaft zumindest nicht geschlossen in den Weg stellten und dass sie auf diese Weise wenigstens indirekt dazu beitrugen, dass sich eine Friedensordnung entwickeln konnte.²²⁾

In den westdeutschen Veteranenverbänden ehemaliger Wehrmachtssoldaten lebten zwar alte Kriegerideologien fort, nicht selten in Gestalt eines schwer zu durchschauenden Bekenntnisses zu einem militärisch abgesicherten Friedenswillen. Aber sie vermochten keinen nachhaltigen Einfluss auf die Gesellschaft zu gewinnen.

In den neunziger Jahren konnte man in Deutschland eine interessante Erscheinung beobachten: Die Bundeswehrführung machte in ihren Werbetexten für die neuen militärischen Aufgaben (»out of area«) Anleihen beim Vokabular der Friedensbewegung. Beispielsweise war – bei strikter Vermeidung der Begriffe Krieg, Töten und Sterben – von Frieden sichern, Schützen, Helfen, Retten und Bewahren die Rede.²³⁾ Diese camouflierende Sprachstrategie mag als ein sekundärer Beweis für die bis dahin erreichten Veränderungen in der Mentalität der Gesamtgesellschaft angesehen werden.

■ Frieden lohnt sich

Von vielleicht zentraler Bedeutung war die – von Politikern und Bürgern in Westdeutschland gemachte – Erfahrung, dass es für ein Leben in Sicher-

20) Ebda., S. 188.

21) Vgl. Wolfram Wette: Die Bundeswehr im Banne des Vorbildes Wehrmacht. In: Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Berlin 2001, S. 66-115.

22) So das Fazit von Klaus Naumann: Integration und Eigensinn. Die Sicherheitseliten der frühen Bundesrepublik zwischen Krieg und Friedenskultur. In: Kühne, Kriegskultur (wie Anm. 2), S. 202-218, hier: S. 218.

23) Vgl. im Einzelnen Wolfram Wette: Von neuer »militärischer Normalität« und »gewachsener Verantwortung« Deutschlands. In: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Frieden als Zivilisationsprojekt – Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung. 25 Jahre AFK. Baden-Baden 1994 (= Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V., Bd XXI), S. 277-285.

18) Vgl. dazu Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/M., New York 2001; ders. (Hrsg.): Hitlers Eliten nach 1945. München 2003.

19) Vgl. Gottfried Niedhart: Frieden als Norm und Erfahrung in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Kühne, Kriegskultur (wie Anm. 2), S. 182-201.

heit und Wohlstand keines kriegerischen Kampfes um einen »Platz an der Sonne«, um ein ausbeutbares Kolonialreich in Europa oder Übersee bedurfte, wie es zuvor fast ein Jahrhundert lang den Menschen in Deutschland bedeutet worden war. Die 50er Jahre, gepriesen als die Zeit des »Wirtschaftswunders«, führten den Bürgern der deutschen Bundesrepublik vor Augen, dass sich der Frieden »lohnte«, dass in ihm Wohlstand produziert und Rechtssicherheit garantiert werden konnten.²⁴⁾ Die positiven Seiten der Abwesenheit von Krieg wurden für jedermann erlebbar. Diese Erfahrung trug einmal mehr zur Delegitimierung des Militärischen und des Krieges bei.

■ Kriegsdienstverweigerer

Zu den Entwicklungen, die entschiedenen Wandel belegen, gehört die stetig wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer und die ungefähr in gleichem Maße steigende Anerkennung der Zivildienstleistenden.²⁵⁾ Anfangs – trotz der Legalisierung im Grundgesetz von 1949 – als Drückeberger, Feiglinge, Ostagenten und Vaterlandsverräter geächtet, erfuhren die Kriegsdienstverweigerer respektive die Zivildienstleistenden immer mehr gesellschaftliche Wertschätzung. Wenn sie heute möglicherweise sogar weniger als die wehrpflichtigen Soldaten unter einem Begründungszwang stehen, so verweist dies auf einen grundlegenden Wertewandel.

■ Organisierter Pazifismus und Friedensbewegung

Welchen Beitrag konnte die Friedensbewegung zum Mentalitätswandel in Deutschland leisten? Es ist gesagt worden, der 1933 durch den Hitler-Staat zerstörte organisierte Pazifismus habe auch nach dem Zweiten Weltkrieg keinen größeren Einfluss gewinnen können und sei für den Verlauf der deutschen Politik letztlich folgenlos geblieben.²⁶⁾ Für diese These spricht der Befund, dass die zentralen Forderungen der bundesdeutschen Friedensbewegung nicht in parlamentarische Mehrheiten umgesetzt oder zur Regierungspolitik werden konnten.

Im einzelnen: Die Wiederbewaffnung wurde in den 50er Jahren gegen die Proteste der Friedensbewegung und gegen eine militärkritische Bevölkerungsmehrheit durchgeboxt. Weder die Proteste deutscher Atomphysiker von 1958 (»Appell der Göttinger Achtzehn«) gegen die Atombewaffnung

der Bundeswehr, noch die Kampagne »Kampf dem Atomtod« oder die Ostermarsch-Bewegung der Atomwaffengegner der 60er Jahre konnten verhindern, dass Atomwaffen zum Fundament der Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses und damit auch der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurden. Auch die bis dahin beispiellose Massenbewegung gegen die Atomrüstung in den 80er Jahren, die aus der Anti-Nachrüstung-Kampagne hervorging und die von einer Mehrheit der Bundesbürger unterstützt wurde, konnte die Zustimmung einer Bundestagsmehrheit zum Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses nicht verhindern. Die rückblickende Betrachtung macht deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und ihren Einbau in Atomstrategien der NATO zu keinem Zeitpunkt akzeptiert hat.²⁷⁾

Die Friedensbewegung war das Sprachrohr dieser Zustimmungsverweigerung. Diese blieb keineswegs folgenlos. Denn als soziale Bewegung für den Frieden initiierte oder unterstützte sie Massenlernprozesse. Diese wurden zudem vorangetrieben durch die Studentenrevolte von 1968, die Proteste gegen den Vietnamkrieg und dann durch die Entspannungspolitik der sozialliberalen Regierung der 70er Jahre. Jetzt vollzog sich ein breit angelegter Prozess des Wertewandels, der bereits deutliche Kennzeichen einer Friedenskultur aufwies. Mit einer weiteren Abwertung militärischer Denkweisen verband sich die klare Parteinahme für eine kooperative Außen- und Entspannungspolitik. Unter dem Dach des »Gleichgewichts des Schreckens«, welches die Gefahr eines Atomkrieges ständig in sich barg, bildete sich in der deutschen Bevölkerung auf breiter Basis ein neues Denken aus. Es wendete sich gegen die Konfrontationspolitik, gegen Aufrüstung und gegen eine Sicherheitspolitik, die mit Atomwaffen hantierte.

Der zweite Golf-Krieg gegen den Irak von 1991 – geführt von einer Koalition unter US-amerikanischer Führung – rief in der deutschen Öffentlichkeit heftige Reaktionen der Ablehnung hervor. Typisch war die Parteinahme großer Teile der deutschen Bevölkerung nicht gegen eine der beiden kriegführenden Lager, sondern gegen den Krieg selbst. Jetzt wurde eine Protestkultur des Friedens erkennbar. Ähnliche Massenproteste wiederholten sich bei dem Angriffskrieg der USA und einiger Verbündeter gegen den Irak im Jahre 2003. Nunmehr befand sich eine Bevölkerungsmehrheit von mehr als 80 Prozent im Einklang mit der gegen den Krieg und für eine friedliche Konfliktlösung eintretenden Bundesregierung.

Diese demonstrative Friedfertigkeit der Deutschen ist als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen

24) Ebda., S. 199, sowie Arnold Sywottek: »Wohlstand«, »Sicherheit«, »Frieden« Beobachtungen zur westdeutschen Entwicklung. In: Kühne, Kriegskultur (wie Anm. 2), S. 243-261.

25) Vgl. Heinz Bartjes: »Der Zivildienst als die moderne Schule der Nation«. In: Kühne, Kriegskultur (wie Anm. 2); sowie Ulrich Finckh: Justiz und Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik. In: Helmut Kramer/ Wolfram Wette (Hrsg.): Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert. Berlin 2004. S. 255-274, hier: S. 271 ff.

26) Niedhart, Anfang (wie Anm. 17), S. 29.

27) Siehe Detlef Bald: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer. Bremen 1994; sowie ders.: Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung. München 1999, und ders.: Kriegskult und Friedensmentalität der militärischen Elite in den neunziger Jahren. In: Kühne, Kriegskultur (wie Anm. 2), S. 110-127.

chen Lernens aus den Kriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu begreifen. Der organisierte Pazifismus hat die friedenspolitischen Wandlungsprozesse nicht aus eigener Kraft bewirken können. Sein Verdienst besteht darin, sie im außerparlamentarischen Raum angestoßen und ihnen die Richtung gewiesen zu haben. Auch die in den 60er Jahren entstandene Friedensforschung und die kriegskritische Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte durch die Historiographie haben den Wandel hin zu einer Friedenskultur nicht nur analysierend begleitet, sondern ebenfalls mit angestoßen und mit gestaltet.

Der amerikanische Präsident verkündete im Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 mit stolz geschwellter Brust: »I'm a war president!« Im Deutschland des neuen Jahrhunderts – und in vielen anderen europäischen Ländern – stößt das darin zum Ausdruck kommende Denken auf breite Ablehnung. Eine soeben veröffentlichte Umfrage des German Marshall Fund²⁸⁾ in sieben europäischen Ländern²⁹⁾ unterstreicht das an Prinzipien der Zivilität orientierte Selbstverständnis der Europäer. Die mit Krieg assoziierte Politik des derzeitigen US-Präsidenten wird von 85 Prozent der Franzosen, 83 Prozent der Deutschen und 81 Prozent der Spanier abgelehnt. 64 Prozent der Befragten sind

28) <http://www.transatlantictrends.org/doc/TTKeyFindings2005de.pdf>. Abgerufen am 18.09.05.

29) Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien und Türkei.

der Meinung, »die Europäische Union sollte sich auf wirtschaftliche Stärke konzentrieren, auch wenn das bedeuten würde, dass sie nicht in der Lage ist, in militärischen Angelegenheiten eigenständig zu handeln.«

Von den Anhängern einer kriegerischen Machtpolitik werden Deutsche und andere Europäer daher heute abschätzig als »postheroisch« bezeichnet. Das ist insoweit zutreffend, als diese sich von kriegerischem Heldentum demonstrativ verabschiedet und stabile Ansätze zu einer Friedenskultur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung entwickelt haben. Das mag man postheroisch nennen. Man könnte über die ehemals verfeindeten und heute friedlich vereinten Nationen Europas allerdings auch urteilen wie der eingangs zitierte Journalist: »Vieles kann und muss noch besser werden. Aber trotz alledem gilt: In Europa zu leben ist spannend und schön.«

Prof. Dr. Wolfram Wette lehrt Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau und ist Mitglied der DFG-VK. Er hat den hier veröffentlichten Vortrag am 23. September 2005 bei der von der Lucerne Initiative for Peace and Security (LIPS) veranstalteten Internationalen Friedenskonferenz »Visionen zu Frieden und Sicherheit. Luzern 1905-2005« im Rahmen des Workshops »Die ewige Suche nach dem Frieden: Friedensinitiativen, ihre Erfolge, ihr Scheitern« in der Universität Luzern gehalten.



Bundesverwaltungsgericht

Freispruch für während des Irak-Kriegs Befehle verweigernden Bundeswehr-offizier

Grundsatzurteil zur Geltung und Reichweite der Gewissensfreiheit

(Red.) Während des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak, der offiziell von der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt wurde, hat die Bundesregierung diesen Krieg faktisch beispielsweise durch die Gewährung von Überflugrechten für US-Militärmaschinen und die Bewachung von US-Militärliegenschaften durch Bundeswehrsoldaten unterstützt. Soweit bekannt gab es lediglich einen einzigen Bundeswehrsoldaten, der wegen dieser mittelbaren Unterstützung unter Berufung auf die Völkerrechtswidrigkeit dieses Angriffskrieges und das entsprechende Verbot im Grundgesetz sowie sein Gewissen

Diensthandlungen verweigert hat, die nach seiner Überzeugung kriegsunterstützend gewesen wären. Gegen diesen Soldaten im Range eines Majors wurde ein truppendienstgerichtliches Verfahren mit dem Ziel seiner Entfernung aus der Bundeswehr eingeleitet. Mit Urteil des Truppendienstgerichts vom 9. Februar 2004 war der Offizier zum Hauptmann degradiert worden (siehe Forum Pazifismus 01/Mai 2004, S. 40 ff.).

Gegen dieses Urteil legten beide Seiten Berufung ein – die Bundeswehr mit dem Ziel, den Soldaten aus dem Dienstverhältnis zu entlassen, der Major erstrebte eine Aufhebung des Urteils und seinen Freispruch. Das Bundes-